

Tarifabschlüsse Buchverlage

+++Baden-Württemberg+++

Bei den Tarifverhandlungen am 16. Juni wurde folgendes Ergebnis nach schwierigen und zähen Verhandlung erzielt:

Die Laufzeit geht vom 1. Mai 2016 bis zum 31. März 2018, sie beträgt also 23 Monate.

Der Monat Mai 2016 ist ein sogenannter Nullmonat.

Die erste lineare Tarifierhöhung beträgt zwei Prozent ab 1. Juni 2016 für elf Monate.

Die zweite lineare Erhöhung beträgt 1,5 Prozent ab 1. Mai 2017, also ebenfalls für elf Monate.

+++Bayern+++

1,5 Prozent Lohnerhöhung - so lautete das erste Angebot der Arbeitgeber. Das war den Beschäftigten in den bayerischen Buchhandlungen und Buchverlagen zu wenig. Viele KollegInnen haben sich daher an einer ver.di-Postkartenaktion und Arbeitskampfabstimmungen beteiligt. Mit dieser Rückendeckung gelang es am 15. Juni, folgenden Tarifabschluss zu erzielen:

1,9 Prozent mehr Gehalt für alle, auch für die Azubis, ab dem 1. Juli 2016,

Der Tarifabschluss hat eine Laufzeit bis 31. März 2017.

Der Manteltarifvertrag wird unverändert rückwirkend zum 1. Januar 2016 wieder in Kraft gesetzt.

Nach wie vor ist es den Arbeitgebern wichtig, substantielle Verschlechterungen im Manteltarifvertrag durchzusetzen. Dies konnte von der ver.di-Tarifkommission abgewehrt werden. Um zu einem schnellen Abschluss zu kommen, hat ver.di aber die Forderung der Arbeitgeber, im Herbst Sondierungsgespräche zum Manteltarifvertrag zu führen, akzeptiert.

VG Wort: Wie es weitergeht

Am 3. und 4. Juni haben in Berlin die Gremien der VG WORT getagt. Zentrales Thema war die Verlegerbeteiligung nach dem BGH-Urteil vom 21. April 2016 in dem Verfahren Vogel v. VG WORT (Az. I ZR 198/13).

Die im Jahr 2016 anstehenden Ausschüttungen an Autoren sollen bis auf weiteres turnusgemäß entsprechend des bisherigen Verteilungsplans als Abschlagszahlungen ausgezahlt werden. Die Bemessung der Ausschüttungshöhe sei vorläufig. Ausschüttungen an Verlage soll es bis auf weiteres nicht geben.

Ausführlicher Bericht der dju Niedersachsen:
<http://bit.ly/1tu1jKd>



Demonstration von Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten in Stuttgart.

Foto: Joachim E. Röttgers GRAFFITI

Tarifkonflikt Tageszeitungen:

Abschluss! Gehälter und Honorare steigen

In der fünften Verhandlungsrunde hat die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ein Tarifergebnis für die über 14.000 Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten erzielt.

Die Gehälter und Honorare werden insgesamt um 3,1 Prozent erhöht, zum 1. Juni 2016 um 1,5 Prozent und zum 1. August 2017 noch einmal um 1,6 Prozent. Der neue Gehaltstarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten bis zum 31. Dezember 2017. Das Tarifergebnis wurde auch für die Verlage an der Ostseeküste im Verlegerverband VZN erreicht, der vor zwei Jahren zunächst ausgeschert war. Ohne Abstriche und Deckelung gelten die Tarifierhöhungen auch für die Honorare und Pauschalen von freien Journalistinnen und Journalisten in Tageszeitungen. Vereinbart wurde noch, bis zum 31. Juli 2017 über eine Anpassung des Freien-Tarifvertrages an die digitalen Verbreitungswege zu verhandeln - unabhängig von den nun vereinbarten Honorarerhöhungen „Damit haben wir einen vertretbaren Abschluss erreicht. Er gilt erstmals ohne Abstriche auch für Freie und Pauschalisten. Auch die Forderung der Verleger nach einem Sonderopfer für die Journalistinnen und Journalisten in den norddeutschen Bundesländern konnte abgewehrt werden. Das ist eine gute Nachricht. Dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden dank des Engagements der Kolleginnen und Kollegen, die mit Streiks und Aktionen in den vergangenen Tagen und bei den

Verhandlungsrunden zuvor den Druck auf die Verleger erhöht haben“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführer, Frank Wemeke.

Der BDZV hatte zuvor lediglich drei Erhöhungsschritte von jeweils 0,8 Prozent und eine Laufzeit von 36 Monaten angeboten. Freie und Pauschalisten sollten mehr Geld erst mit einer Verzögerung und in der Höhe gedeckelt bekommen. Für den Norden (VZN) waren wiederholt deutlich spätere Tarifierhöhungsschritte vom Verlegerverband gefordert worden. Streiks mit über 900 Streikenden von Kiel bis an die Alpen haben nach sechs Monaten zum Tarifergebnis geführt.

Das Ergebnis sieht eine Erklärungsfrist bis zum 29. Juli 2016 vor, innerhalb derer die Tarifgremien darüber beraten.

dju-Informationen zur Tarifrunde:

www.dju.verdi.de/rein/tarifrunde

Tarifabschluss Druckindustrie

Die rund 140.000 Beschäftigten der Druckindustrie erhalten 3,8 Prozent mehr Lohn. Darauf einigten sich ver.di und der Arbeitgeberverband BVDM am 14. Juni 2016 in der vierten Verhandlungsrunde. Das Ergebnis sieht eine zweistufige Tarifierhöhung vor. Ab dem 1. Juli 2016 werden die Entgelte um 2 Prozent erhöht, ab dem 1. August 2017 noch einmal um 1,8 Prozent. Die Laufzeit des Tarifvertrags gilt bis zum 31. August 2018.

Zeitschriften:

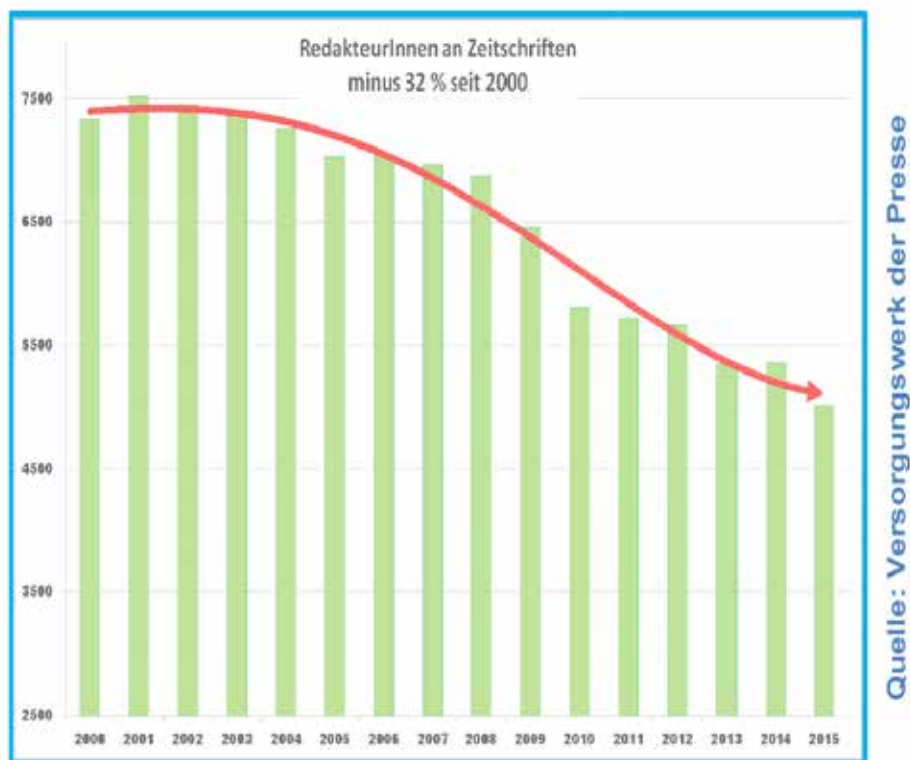
Verhandlungsstart: 4,5 Prozent gefordert

Am 24. Mai 2016 starteten die Verhandlungen über Tarifierhöhungen für Redakteurinnen und Redakteure an Zeitschriften. Die dju in ver.di fordert Tarifierhöhungen in Höhe von 4,5 Prozent.

Die Zeitschriftenverleger haben diese Forderung zurück gewiesen, und stellen Gegenforderungen. Erst wenn auch über die Berufsjahresstufen, die Anrechnung von Hochschulqualifikationen und über Volontärsgehälter verhandelt werde, seien überhaupt Tarifierhöhungen möglich. Die Gewerkschaften haben diese Gegenforderungen zurück gewiesen und den uneingeschränkten Anspruch auf Entgelterhöhungen unterstrichen.

„Es ist Zeit für ein deutliches Gehaltsplus in Zeitschriften-Redaktionen und das ohne vorherige Gegenleistungen. Die letzte Tarifierhöhung um 1,9 Prozent liegt 19 Monate zurück. In der Laufzeit des letzten Tarifabschlusses seit Oktober 2013 haben sich die Arbeitsbedingungen in den Redaktionen durch weniger Personal und weitere Anforderungen verschärft. Statt einer Anerkennung der steigenden Arbeitsbelastung durch bessere Entlohnung erwarten die Verleger aber zunächst strukturelle und damit auch finanzielle Einschränkungen von den Kolleginnen und Kollegen. In welcher Weise und Ausmaß wollten die Verleger in der ersten Verhandlungsrunde nicht konkretisieren“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Die Zeitschriftenverlage bringen mit weniger Personal (seit 2000 etwa ein Drittel weniger) eine stetig wachsende Anzahl von Titeln auf



den Markt (seit 2000 plus 36 Prozent), die Heftpreise steigen seit 2010 um acht Prozent. Die Beschäftigten in Zeitschriftenverlagen müssen mit weniger Personal mehr Arbeitsvolumen bewältigen. Der VDZ wirbt gegenüber Werbekunden und Leserschaft mit der journalistischen Qualität der Ver-

lagsprodukte, die ihren Preis wert seien. Den Verlegern müssen ihre Beschäftigten dann auch Tarifierhöhungen um 4,5 Prozent wert sein.

<https://dju.verdi.de/geld/tarif-news>

Statusfragen:

Frei, fest frei, Pauschalist oder doch scheinselbstständig?

Es rumort in den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen: Der Zoll, der ebenso wie die Rentenversicherung Arbeitsverhältnisse überprüft, hat mal ganz genau in die Bücher diverser Medienhäuser geschaut. Es geht um die Frage, ob jemand, der regelmäßig für den Verlag arbeitet, in Dienstplänen auftaucht und maßgeblich am Erscheinen von Publikationen beteiligt ist, tatsächlich „frei“ sein kann oder am Ende des Tages nicht doch abhängig beschäftigt ist. Stellt der Zoll „Scheinselbstständigkeit“ fest, dann stehen die Verlage vor hohen Nachforderungen für die entgangenen Sozialversicherungsabgaben (z.B. in die Renten- oder Arbeitslosenversicherung) samt Strafzahlungen. Die Verlage müssen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile nachzahlen. Denn mit den vermeintlich „Freien“ haben sie das Problem der Sozialabgaben bisher für sich sehr günstig auf die Künstlersozialkasse (KSK) und damit zumindest zum Teil auf den Steuerzahler abgewälzt.

Angesichts der verschärften Prüfpraxis und einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Thema Werkverträge und Leiharbeit, der dem Koalitionsvertrag entsprechend auch die Frage der Klärung des Arbeitnehmerstatus voran bringen sollte wagen die Verlage die Flucht nach vorn, oft zum Nachteil der Betroffenen: Bei Gruner + Jahr in Hamburg heißt es, es sollen etliche Medienschaffende nun fest angestellt werden. Allerdings mit befristeten Verträgen und zu bislang noch völlig ungeklärten Bedingungen: „Das Modell Vollzeit unbefristet entspricht nicht dem Bedarf des Verlags“, erklärte G+J-Personalchef Stefan Waschatz bei einer Versammlung der Freien Anfang Februar.

[Link zur Sonderseite der dju mit ausführlichen Informationen zum Thema](#)

79000 Euro Honoarnachzahlung

Das Oberlandesgericht Hamm hat einem Freien Fotografen 79.000 Euro Honorar-Nachzahlung zugesprochen. Die Entscheidung (4 U 40/15) ist noch nicht rechtskräftig. Das OLG bestätigte damit im Wesentlichen die Rechtsprechung der Ersten Instanz.

Der Freie Fotograf hatte auf Aufforderung des Zeitungsverlags regelmäßig Fotos aus dem Märkischen Kreis geliefert. Die Bilder wurden in verschiedenen Ausgaben abgedruckt. Er erhielt pro Bild pauschal 10 Euro. Dieses Honorar sei nicht angemessen gewesen, stellt das OLG Hamm fest und legte für den Zahlungsanspruch des Klägers die Gemeinsamen Vergütungsregeln zu Bildhonoraren für freie hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten zugrunde. Entsprechend der Größe der gelieferten Bilder, der Auflagenhöhe und des eingeräumten Erstdruckrechts gestand das Gericht dem Kläger Honorare zwischen 19,50 und 75,50 Euro pro Bild zu. Für insgesamt 3.497 gelieferte und veröffentlichte Bilder erkannte das Gericht dem Kläger noch einen Honoraranspruch von 79.000 Euro zu.

Link zur Pressemitteilung OLG Hamm:

<http://bit.ly/23fXSDD>

Nordbayerischer Kurier

Als weiteren Abbau der Pressevielfalt in Bayern und Gefährdung der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen wertet ver.di Bayern die geplante Übernahme der Tageszeitung und des Verlages Nordbayerischer Kurier in Bayreuth durch die Frankenpost in Hof, das erklärte Christa Hasenmaile, Leiterin des Medienbereichs in ver.di Bayern. Kritisch sei, dass ausgerechnet die SPD-Tochterfirma Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) das Geschäft möglich gemacht hat. Sie hat ihren 65%-Anteil am Nordbayerischen Kurier an die Frankenpost Hof verkauft, an der sie ebenfalls beteiligt ist. Diese wiederum gehört zusammen mit den Zeitungen in Coburg und Suhl zum Süddeutschen Verlag, der wiederum der Stuttgarter Südwestdeutschen Medienholding (SWMH) gehört, die Zeitungen in Stuttgart und ganz Baden-Württemberg betreibt. „Im Medienmonopoly wurde damit ein neuer Coup gelandet, letztlich auf Kosten der Leser und ihrer Wahlmöglichkeiten und der Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen“, so Hasenmaile. Sie wies darauf hin, dass die Frankenpost große Teile ihrer Verwaltung und auch der Redaktion in zwei neue Gesellschaften ausgelagert hat, in denen die Tarifverträge nicht mehr gelten. So liegen in der Redaktionsgesellschaft HCS-Content die Einkommen bis zur Hälfte unter den Tarifleistungen.

[Ausführliche Infos bei der dju Bayern](#)

Es wird eng im Berliner Verlag

Der Berliner Verlag („Berliner Zeitung“, „Berliner Kurier“) soll umziehen. Ein neues Gebäude in Berlin-Kreuzberg hat die Geschäftsleitung gefunden. Der Haken für die Belegschaft: Bisher arbeiten rund 650 Beschäftigte am Alexanderplatz, in dem neuen Gebäude ist aber maximal Platz für 400 Beschäftigte. Der Betriebsrat des Berliner Lesermarkts teilte in einem Info den Beschäftigten mit: „Die Geschäftsführung der Mediengruppe Berliner Verlag hat zugesichert, dass alle Bereiche mit ins neue Haus umziehen werden. Anders ausgedrückt: Keine Redaktion, keine Verlagsabteilung wird vor dem Umzug abgewickelt, geschlossen oder verkauft. Die Geschäftsführung hat ausdrücklich nicht zugesichert, dass alle Mitarbeiter mit umziehen werden. Anders ausgedrückt: Es werden nicht alle Kolleginnen und Kollegen mit in das neue Haus ziehen.“

Auch die M - Menschen machen Medien, die medienpolitischen Zeitschrift von ver.di, hat das Thema aufgeriffen und in einem größeren Zusammenhang analysiert. Direkter Link zum Artikel [„Was man bei DuMont in Berlin unter Optimierung versteht“](#).

Die mit der Situation des Konzern DuMont Schauberg beschäftigt sich die Internetseite <https://dumontschauberg.wordpress.com> und liefert regelmäßig aktuelle Informationen aus Sicht der Beschäftigten und Betriebsräte..



Dieser Protest hatte Erfolg: Die Tarifflicht bei der ausgelagerten Stuttgarter Redaktionsgesellschaft wurde verhindert.
Foto: Bernd Mann

Baden-Württemberg:

Tarifbindung auch für Redaktionsgesellschaften

„Es gibt Alternativen zur Tarifflicht“, bewertet Siegfried Heim, ver.di Landesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie, den jetzt unterzeichneten Tarifvertrag zur Einbeziehung von Redaktionsgesellschaften in das Tarifvertragsgefüge von Tageszeitungsverlagen. Der mit dem Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger (VSZV) geschlossene Tarifvertrag ist bundesweit der erste seiner Art. Er ermöglicht es den Verlagen von „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“, Tarifbindung für das vor kurzem gegründete gemeinsame Redaktionsunternehmen herzustellen.

„Dies ist der Erfolg der Journalistinnen, Journalisten und Verlagsangestellten, die sich für ihre Tarifverträge stark gemacht haben“, so Heim, der im Zusammenhang mit der Tarifvertrags-Unterzeichnung auch begrüßte, dass die baden-württembergischen Zeitungsverleger durch eine Satzungsänderung den Weg für

die Aufnahme der Stuttgarter Redaktionsgesellschaft in den Arbeitgeberverband frei gemacht hatten.

Im Zuge des Outsourcing hatten die beiden Verlagsunternehmen und die Konzernleitung der Südwestdeutschen Medienholding (SWMH) den Beschäftigten zugesichert, Tarifbindung herstellen zu wollen. „Dem jetzt tariflich besiegelten Beispiel guter Sozialpartnerschaft steht allerdings derzeit noch eine breite Tarifflicht-Praxis gegenüber“, kritisiert Heim abschließend. Er verweist darauf, dass im SWMH-Konzern bei der Redaktionsgesellschaft des „Schwarzwälder Boten“ die Tarifverträge nur für diejenigen Beschäftigten gelten, die sich dies in einem der längsten Streiks in der Geschichte Deutschlands 2011 erstritten hatten. Neueinstellungen gibt es dort nur zu deutlich schlechteren Gehältern und Arbeitsbedingungen.

<https://medien-kunst-industrie-bawue.verdi.de>

Baden-Württemberg:

Fotografen bei Protesten gegen die AfD inhaftiert

Scharf kritisiert die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di die Inhaftierung von drei Pressefotografen bei den Protesten gegen den Parteitag der Alternative für Deutschland (AfD) am 30. April 2016.

„Zwei Kollegen wurden für elf Stunden in Gewahrsam genommen, obwohl sie sich zweifelsfrei als Journalisten ausweisen konnten. Die Vorwürfe gegen sie sind lächerlich: Ihnen wird ‚ein gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr‘ zur Last gelegt, weil sie an einem von Demonstrierenden blockierten Abschnitt der Zufahrt zum Parteitagsgelände ihrer Arbeit nachgingen. Dafür wurden sie nicht nur unverhältnismäßig lange fest gehalten, sondern

dabei auch mit Kabelbindern gefesselt. Dieses Vorgehen der Einsatzkräfte ist skandalös und wird Konsequenzen haben“, kündigte dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß, an.

Die Fälle waren publik geworden, nachdem Kollegen über die Festnahmen bei „Demowatch“ darüber berichtet hatten, einem Service der dju in ver.di, mit dem betroffene Journalistinnen und Journalisten über Zwischenfälle und Übergriffe bei Demonstrationen informieren und sich untereinander vernetzen können.

Link zur Meldung zu Demo-Watch:
<http://bit.ly/265zLjt>

Bayern:

tz + Münchner Merkur legen zusammen

Aus Weniger soll wieder einmal mehr werden. Die Lokalredaktionen von „Münchner Merkur“ und „tz“ werden zusammengelegt, ebenso die Kulturredaktionen beziehungsweise das Feuilleton.

„Synergien“ in weiteren Redaktionsbereichen dürften nicht lange auf sich warten lassen. Beide Zeitungen sollen ihre „markenspezifischen Eigenheiten voll erhalten“, so Verleger Dirk Ippen und Geschäftsführer Daniel Schöningh. Die freilich unterscheiden sich signifikant: Während der „Merkur“ und seine Kopfblätter als klassische Abozeitungen erscheinen, bedient die tz seit Anbeginn den Boulevard.

Wirtschaftliche Probleme weist Ippen weit von sich. „Das Sparprogramm haben wir schon hinter uns“, ließ er die Süddeutsche Zeitung wissen. Es gehe nur darum, das lokale Angebot beider Titel nachhaltig zu verbessern. Kündigungen seien seines Wissens „nicht vorgesehen“, wird Ippen in der SZ zitiert. Wobei offen bleibt, ob der Verleger alles wissen will, was sein (ihm verwandtschaftlich verbundener) Geschäftsführer so plant. Die „nachhaltige Verbesserung“ wird auf jeden Fall mit weniger Personal geschehen, denn es werde „nicht unbedingt“ Neueinstellungen geben, so Ippen. Was die semantische Floskel im Klartext bedeutet ist hinlänglich bekannt: vollmundig angekündigte „nachhaltige Verbesserungen“ führen in der Regel zu nachhaltigen Verschlechterungen für die Beschäftigten bzw. Freien. Wirtschaftliche Gründe werden in anderen Verlautbarungen des Verlags durchaus genannt: „Wie andere Tageszeitungen sind wir

seit einigen Jahren von einem massiven Beilagen- und Anzeigenrückgang betroffen. Mit unserer Neuaufstellung im Lokalen sind wir deutlich stärker aufgestellt für die Zukunft.“

Im Herbst soll die fusionierte Lokalredaktion die Arbeit in gemeinsamen Büros aufnehmen. Die Führungsrolle soll dabei bei der tz liegen. Die hat insgesamt zwar die niedrigere Auflage (ca. 116.000, Münchner Merkur/Gesamt ca. 248.000) - liegt in München-Stadt aber vor dem MM. Für die Hauruck-Aktion fledderte die Verlagsleitung nach Ansicht vieler Kolleginnen und Kollegen ein Konzept, das im letzten Jahr unter dem Titel „Publishing 2020“ unter Beteiligung der Redaktion entstand. Seitdem hat das Projekt eine Metamorphose durchlaufen - vom langfristigen Zukunftskonzept zum kurzfristigen Sparkonzept. Nicht der Nachhaltigkeit verpflichtet sondern der Rendite. Im Frühjahr hatten bereits überraschend die bisherige MM-Geschäftsführerin Bettina Bäumlisberger und Mit-Geschäftsführer Andreas Henkel den Verlag verlassen. Die Chefredaktion ist bis dato nicht neu besetzt; Georg Anastasiadis führt die Geschäfte momentan kommissarisch).

Die Betriebsräte der beteiligten Verlage wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Das ist rechtswidrig, schlechter Stil - und entspricht der „Tradition“ im Hause Ippen. Über die können Betriebsräte des Ippen-Imperiums viel berichten.

Bernd Mann

<https://medien-kunst-industrie-bayern.verdi.de>

Offener Brief der Betriebsräte:

Die Betriebsräte von „Münchner Merkur“ und „tz“ haben mit Bestürzung von der geplanten Zusammenlegung der Lokalredaktionen Kenntnis genommen. Sie kritisieren ebenso die gewählte Vorgehensweise der Verlagsleitungen unter Verletzung der gesetzlichen Beteiligungsrechte der Betriebsräte. Die Öffentlichkeit wurde am 07.06.2016 praktisch zeitgleich mit den Betriebsräten informiert, denen damit keine Möglichkeit zur Reaktion gelassen werden sollte. Das stellt sowohl einen klaren Rechtsbruch als auch einen Tabu- und Stilbruch im Umgang zwischen Verlagsleitung und Interessensvertretungen dar. Damit einhergehend werden auch die Rechte der Belegschaften massiv beschnitten. Die beteiligten Betriebsräte werden sich nun rechtlich beraten lassen und erforderliche Schritte beraten, auch unter Einbindung der Gewerkschaften BJV und dju in ver.di.

gez. Franz Obermayr, Betriebsratschef
Zeitungsverlag München

gez. Johannes Welte, tz, stellvertretend für den erkrankten Betriebsratschef Michael Dürr



Die gedruckte Ausgabe 02/2016 der ver.di-Zeitschrift M - Menschen machen Medien kann auch online gelesen werden:

<https://mmm.verdi.de/ausgaben/heft-022016/>

Ostsee-Zeitung bestreikt

Die Internetseite www.qualitaet-und-vielfalt-sichern.de berichtet vom Streik der Journalisten der „Ostsee-Zeitung“ am 16. Juni 2016.

Mit ihrem Ausstand unterstützte die Redaktion die bundesweiten Tarifverhandlungen und würde sich gegen eine Schlechterstellung angesichts wachsender Belastungen durch den drohenden Verlust eines Viertels der Stellen wehren. Bei den sich seit Monaten hinziehenden Verhandlungen mit dem Betriebsrat habe die Leitung allen Alternativvorschlägen eine Absage erteilt.

In Rostock berieten die in den Gewerkschaften ver.di und DJV organisierten Streikenden das weitere Vorgehen. Dabei war neben der aktuellen Tarifrunde die betriebliche Situation ein zentrales Thema. Denn in den sich seit Monaten hinziehenden Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über den als „Zukunftsprogramm Madsack 2018“ verbrämten Abbau habe der Betriebsrat bislang keinen Durchbruch erreicht. Die Leitung halte unverändert an dem Ziel fest, die Redaktion bis Ende 2018 auf 91 Vollzeitstellen zu schrumpfen.

Direkter Link zum Bericht:

<http://bit.ly/1tu3z49>

Twitter-Tipps



Fachgruppe
Verlage, Druck
und Papier:
[@vdp_in_verdi](https://twitter.com/vdp_in_verdi)
die dju:
[@djuverdi](https://twitter.com/djuverdi)
Tarifinfos:
[@tarif_medien](https://twitter.com/tarif_medien)

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8

Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10
10112 Berlin

V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<http://tinyurl.com/o2jwqhg>

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED - DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>